

Kompetenzen anerkennen - Vielfalt leben - Potenziale fördern!

Integrationspolitische Forderungen der BAG Evangelische Jugendsozialarbeit zur verbesserten Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund

Unser Ziel als Evangelische Jugendsozialarbeit ist es, jugendliche und junge Menschen mit ihren vielfältigen Kompetenzen und Fähigkeiten zu fördern und ihnen neue Chancen und Perspektiven zu eröffnen. Überdurchschnittlich viele der Jugendlichen, die unsere Angebote im Bereich der Jugendberufshilfe, der offenen und mobilen Jugendsozialarbeit, der Schulsozialarbeit und der Jugendmigrationsarbeit nutzen, haben eine Zuwanderungsgeschichte. Sie bringen sich mit ihren Ideen und Fähigkeiten aktiv in die Gesellschaft ein und tragen dazu bei, dass unsere Arbeit den Anforderungen einer stetig vielfältiger werdenden jungen Bevölkerung gerecht wird.

Aktuelle Kontroversen und Studien zeigen uns jedoch, dass die öffentlichen Debatten um Integration und Zuwanderung immer noch problem- und defizitbehaftet sind. Es ist trotz der integrationspolitischen Anstrengungen der letzten Jahre nicht gelungen, Integrations- und Zuwanderungspolitik in ihrer derzeitigen gesellschaftlichen Bedeutung angemessen anzuerkennen und entsprechend auszugestalten. Stattdessen wird der Migrationshintergrund sowohl wissenschaftlich als auch politisch oft einseitig als Gradmesser oder Ursache für Misserfolg und Delinquenz herangezogen, so dass Jugendliche und junge Menschen mittlerweile selbst die Zuschreibung eines „Migrationshintergrunds“ aufgrund der stigmatisierenden Wirkung ablehnen.

Wir fordern, dass die offensichtlichen bildungs- und sozialpolitischen Widersprüche, die sich aus der zunehmenden sozialen Spaltung unserer Gesellschaft ergeben, nicht länger auf dem Rücken von Jugendlichen und jungen Menschen mit Migrationshintergrund ausgetragen werden. Wir setzen uns mit den folgenden jugendpolitischen Forderungen für eine bessere Anerkennung und Förderung von Jugendlichen und jungen Menschen mit Migrationshintergrund ein:

Bildung integriert

Lebenslanges Lernen ist der Schlüssel zu gesellschaftlicher Entwicklung. Lernen gelingt, wenn die kognitiven, emotionalen und sozialen Kompetenzen von Kindern und Jugendlichen gleichberechtigt gefördert und sowohl formale als auch non-formale Bildungskontexte berücksichtigt werden. Sie müssen sich ihrer Stärken bewusst sein und darin unterstützt werden, sie in einer internationalen und globalisierten Lern- und Arbeitswelt anzuwenden und weiterzuentwickeln. Nicht Herkunft, Aussehen, Weltanschauung oder Einkommen, sondern Fähigkeiten, Förderung und Leistung werden entscheidend sein für den Bildungserfolg. Wir brauchen mehr Bildungskonzepte, die so ausgestaltet und ausgestattet sind, dass Jugendliche in ihrer Vielfalt an Meinungen, Weltanschauungen, Sprachen und Begabungen gestärkt und individuell gefördert werden.

Wir fordern deshalb,

- ... dass für Kinder und Jugendliche eine gesicherte materielle Grundausstattung und ein förderndes, wertschätzendes Umfeld geschaffen wird, um frei von Existenzangst aufwachsen und lernen zu können – eine echte Lernmittelfreiheit ist aus unserer Sicht ein Mindeststandard, um dieses Ziel zu erreichen.
- ... dass die Bildungsausgaben in Deutschland auf das OECD-Niveau erhöht und vorrangig im Primar- und Sekundarbereich investiert werden.
- ... den Ausbau von integrierten Schulformen mit verschiedenen Bildungsabschlüssen, die ganztätiges und gemeinsames Lernen bis mindestens zur. 8. Klasse ermöglichen, aber auch Raum für ehrenamtliches Engagement in Vereinen und Verbänden lassen.
- ... dass individuelle Förderung – für Hochbegabte genauso wie für junge Menschen mit (Teil-)Leistungsschwächen – zukünftig selbstverständlich ist und zeitnah, unbürokratisch und zugewandt umgesetzt werden kann.
- ... dass neben den Kompetenzniveaus von SchülerInnen auch die Ausstattung an Schulen und die Schulabschlüsse als Indikatoren für die Bildungsplanung herangezogen werden. Langfristiges Ziel ist, dass SchülerInnen mit Migrationshintergrund sich in ihrem Schulerfolg nicht mehr von solchen ohne Migrationshintergrund unterscheiden.
- ... dass die Arbeitsplätze für Lehrkräfte und sozial-pädagogische Fachkräfte attraktiv gestaltet sind und die Rahmenbedingungen kreative und wirksame Bildungskonzepte ermöglichen und somit die Arbeitszufriedenheit der Lehrkräfte gesteigert wird.
- ... dass Bildungsinvestitionen die soziale Lage der BewohnerInnen stärker berücksichtigen. Investitionen sind insbesondere in Stadtteilen mit erhöhtem Entwicklungsbedarf dringend erforderlich, um die Bildungs- und Aufstiegschancen von Kindern und Jugendlichen zu verbessern.

Sprache integriert

Der integrationspolitische Fokus der letzten Jahre auf die Sprachförderung im Deutschen ist wichtig, greift aus unserer Sicht jedoch zu kurz. Unter den jungen Menschen, die neu nach Deutschland zuwandern, beherrschen fast alle innerhalb weniger Jahre die in den Integrationskursen des Bundes geforderte höchste Sprachstufe B1 des Europäischen Referenzrahmens.

Die Jugendlichen, die im schulpflichtigen Alter zuwandern, finden in ihrer Schule aber oft keine entsprechende individuelle Förderung im Deutschen vor. Für die meisten - auch sehr guten SchülerInnen – ist der Zweitspracherwerb im Deutschen mit einer Rückstufung in ihrer Bildungsbiografie verbunden. Aufgrund ihres Alters und Lernvermögens, gelingt es jedoch gerade Kindern und Jugendlichen gut, noch eine zweite Sprache zu erlernen. Die Förderung des Deutschspracherwerbs bis zur Stufe C1 des Europäischen Referenzrahmens ist für neu zugewanderte junge Menschen - ob schulpflichtig oder nicht - aus unserer Sicht eine grundlegende Voraussetzung für eine erfolgreiche Schul- und Berufsbiografie oder die Aufnahme eines Studiums in Deutschland.

Die Erfolge in der sprachlichen Integration von Kindern und Jugendlichen zeigen jedoch auch, dass Integration nicht eindimensional gedacht werden kann: Der überwiegende Teil der Jugendlichen mit Migrationshintergrund ist in Deutschland geboren, in den Schul- und Hochschuleleistungen holen sie seit Jahren auf. Diese Jugendlichen beherrschen neben dem Deutschen noch eine weitere Sprache. Doch trotz ihrer Mehrsprachigkeit und vergleichbarer Leistungsbereitschaft sind sie an den Schul-, Ausbildungs- und Berufsübergängen strukturell benachteiligt. Um

Fehlentwicklungen zu vermeiden, muss Integrationspolitik ihren bisherigen Fokus auf Sprachförderung im Deutschen zu einer mehrdimensionalen Politik weiterentwickeln, in der die gesamte Vielfalt an Kompetenzen anerkannt und gefördert und strukturelle Diskriminierungseffekte im Bildungssystem abgebaut werden.

Wir fordern deshalb,

- ... dass die Förderung von Zweisprachigkeit auch in den Herkunftssprachen der wichtigsten Migrationsländer ab dem frühen Kindesalter zur Regel wird, damit beide Sprachen in möglichst großem Umfang beherrscht werden,
- ... dass Mehrsprachigkeit in Schule, in Ausbildung und im Alltag als Kompetenz anerkannt und gefördert und dass das Recht auf eine selbstbestimmte Familiensprache im privaten Umfeld respektiert wird.
- ... dass Quereinsteiger in das deutsche Schul- und Ausbildungssystem systematisch als Regelangebot bis zur Sprachstufe C1 intensiv und individuell gefördert werden.
- ... dass die Förderbedingungen für Jugendintegrationskurse nach dem Zuwanderungsgesetz so weiterentwickelt werden, dass die Träger zukünftig mehr Jugendintegrationskurse anbieten können. Voraussetzungen sind flexiblere Kursformen, eine bessere Bezahlung der Lehrkräfte und die Zulassung kleinerer Gruppengrößen für zielgruppenspezifische Angebote.

Ausbildung und Beruf

Im Wettbewerb um die knappen Ausbildungsplätze haben sich die Chancen von jungen Menschen aus Zuwandererfamilien verschlechtert. Trotz vergleichbarer Berufsziele und Leistungen nimmt ihre Ausbildungsquote seit zehn Jahren ab und ist mittlerweile nur noch halb so hoch wie unter Gleichaltrigen ohne Migrationshintergrund. Aufgrund ihrer durchschnittlich schlechteren Schulabschlüsse und struktureller Diskriminierungseffekte beim Berufsübergang müssen junge Menschen mit Migrationshintergrund deutlich häufiger Umwege in Kauf nehmen, um ihre beruflichen Ziele zu erreichen. Für neuzugewanderte QuereinsteigerInnen kommt hinzu, dass Schul- und Berufsabschlüsse, die in Drittstaaten der EU erworben wurden, bisher selten oder gar nicht anerkannt werden. Die Bildungsgänge und Prüfungen, die absolviert werden müssen, um einen formal vergleichbaren deutschen Abschluss anerkannt zu bekommen, setzen Geld, Zeit und ein Sprachniveau im Deutschen voraus, also Ressourcen, die die wenigsten aufbringen können, wenn sie gleichzeitig erwerbstätig sein wollen. Informelle Formen der Anerkennung sind bisher nur im Bereich von Hochschulqualifikationen etabliert worden. Dieser Dequalifizierungseffekt trifft insbesondere junge Menschen aus sozial schwachen Familien.

Wir fordern deshalb,

- ... dass Berufsorientierung und individuelle Begleitung im Übergang von der Schule in den Beruf in der 7. Klassenstufe ansetzt.
- ... dass es eine Ausbildungsplatzgarantie für allen jungen Menschen gibt und die Ausbildungsquote junger Menschen mit Migrationshintergrund bis spätestens 2020 auf den Durchschnitt gleichaltriger Jugendlicher erhöht wird.
- ... dass berufliche Ausbildungsgänge international ausgestaltet werden und der Aufbau von Ausbildungskooperationen mit den wichtigsten Migrationsländern gefördert wird.

- ... dass die seit Jahren zunehmenden Zahl ausländischer Unternehmerinnen und Unternehmer in Deutschland gefördert und ihre Firmen als Ausbildungsbetriebe gewonnen werden.
- ... dass Vielfalt als Chance für die Unternehmens- und Geschäftsentwicklung besser wahrgenommen und in Personalauswahlverfahren gefördert wird.
- ... dass schulische und berufliche Kompetenzen und Qualifikationen sowie Berufserfahrungen, die im Ausland erworben wurden, nach bundesweit einheitlichen Standards anerkannt werden und zugewanderte junge Menschen durch Bildungsberatung bei der beruflichen Zukunftsplanung unterstützt werden.
- ... dass das Anerkennungsverfahren für Abschlüsse und Qualifikationen junger Menschen durch die Bildungsberatung der bundesweiten Jugendmigrationsdienste und Migrationsfachdienste begleitet wird.
- ... dass die Möglichkeiten von berufsfachlichen Anpassungs- und Nachqualifizierungen in Teilzeit- und Vollzeitform erweitert und finanziell gefördert werden, wahlweise in Verbindung mit ergänzender, berufsbezogener Deutschsprachförderung.

Gesellschaftliche Integration und sozialer Zusammenhalt

Gesellschaftliche Integrationsprozesse stützen sich auf den Zusammenhalt und die Verständigung der Bürgerinnen und Bürger über gemeinsame Ziele und Werte. Dabei sind moderne Einwanderungsgesellschaften von einer hohen Diversität und Mobilität ihrer Bürger gekennzeichnet. Damit Gesellschaften ihr Innovations- und Entwicklungspotential ausschöpfen können, muss Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft konsequent entgegengewirkt werden. Die Werte, die das Grundgesetz in Deutschland festschreibt, sind handlungsleitend, wenn es darum geht, eine Kultur zu entwickeln, die die Menschen in ihrer Vielfalt anerkennt und wertschätzt.

Wir fordern deshalb,

- ... dass altersgerechte Engagement- und Freizeitmöglichkeiten wieder stärker ausgebaut werden, die Begegnungen zwischen jungen Menschen auch über nationale Grenzen hinaus unterstützen. Eine Voraussetzung hierfür ist die Abschaffung von ausländer- und asylrechtlichen Hemmnissen bei grenzüberschreitenden Bildungsmaßnahmen.
- ... dass Toleranz und Aufgeschlossenheit für kulturelle und religiöse Vielfalt gelebt wird.
- ... dass Jugendliche und junge Menschen in ihrem Zugehörigkeitsgefühl zu Deutschland und in ihrer demokratischen Grundhaltung gestärkt werden.
- ... dass das Recht auf eine selbstbestimmte Identität respektiert und anerkannt wird.
- ... dass Integrationsprozesse von einem modernen Staatsbürgerschaftsrecht getragen werden, das den Lebensmittelpunkt der Menschen anerkennt, Mehrstaatlichkeit, Bleiberecht und Einbürgerung fördert und die politischen Mitbestimmungsmöglichkeiten junger Menschen stärkt.

Fachbeirat Migration und Integration der BAG Evangelische Jugendsozialarbeit e.V.

Verabschiedet vom Hauptausschuss im Juni 2011

Kontakt:

BAG Evangelische Jugendsozialarbeit e.V.

Katharina Fournier

Auguststr. 80

10117 Berlin

Tel.: +49 (0)30 28395-414

Fax: +49 (0)30 28395-418

fournier@bagejsa.de

www.bagejsa.de